

# Saale-Zeitung.

Dezundertzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder zwei Zeilen mit 30 Pf., sechs mit 45 Pf. und 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retouren der Zeit 75 Pf. für Halle und umherliegend. 1 Pf.

Erboten täglich postamt, Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 590 u. 591.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Anfertigung 2.50 Mk., durch die Post 2.75 Mk., ansonst Anfertigungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Der amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse „Saale-Zeitung“ eingetragen.

für auswärtige eingehende Korrespondenzen sind keine Gebühren übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Zeitung“ gestattet.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a; Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 220.

Halle a. S., Mittwoch, den 12. Mai.

1909.

## Der 2. Poststreik in Frankreich.

Die Proklamierung des Ausstandes. Die Ereignisse und die Deputiertenkammer. Interpellation wegen der Beamtenentlassungen. Barthous Verteidigungsrede. Die Vorkehrungen gegen den Verkehrstreik.

Was nach dem Resultat der gestrigen Kammerverhandlungen kaum mehr anders zu erwarten war, ist eingetreten. Das große Meeting der Postbeamten beschloß gestern abend den Streik, und schon beginnt der Verkehr mit Frankreich zu stocken. Von vielen und berufenen Seiten sind die Beamten in den letzten Tagen darauf hingewiesen worden, daß sie der Allgemeinheit gegenüber Verpflichtungen hätten, die ihnen die Inzenerierung eines Verkehrstreiks verböten. Die Postbeamten haben geglaubt, auf diese Stimmen nicht hören zu sollen. Ohne Rücksicht auf die Interessen ihrer Mitbürger proklamierten sie den Ausstand, dem jedoch die Regierung diesmal ziemlich gefährt gegenübersteht. Das Telegramm, das die Nachricht vom dem Streikbeschlusse übermittelte, lautet:

Paris, 12. Mai. Das für gestern Abend im Hippodrom einberufene Meeting der Postbeamten hat den Generalstreik von gestern nacht als proklamiert. Der Antrag zur Proklamierung wurde vom Führer der Telephonarbeiter gestellt. Das Meeting war von mehr als 6000 Personen besucht und nahm die Beschlüsse mit Beifall an. Die Wirkung des Verkehrstreiks hat sich bereits gestern abend in der Hafenstadt St. Nazaire gezeigt. Dort verweigerten die Hafenslotschiffer die Einschiffung der Postbeutel nach Indien, Japan und America. Weiter haben die Streikführer beschloßen, Delegierte in die Provinz zu entsenden, um auch dort den Streik zu proklamieren.

Bereits gestern vormittag hatten die Beamten erklärt, sie würden in den Streik eintreten, falls nicht die Regierung im Laufe der Kammerführung gefährt würde. Die Worte des Ministers Barthou, die sich gegen die Streiklustigen wendeten, wurden aber, wie bereits gemeldet, von der Kammer mit donnerschem Beifall aufgenommen. Mit der Vertagung des Hauses ohne den Rücktritt der Regierung war die Entscheidung gefallen. Ueber den

### Verlauf der bedeutungsvollen Kammersitzung

wird in dem folgenden Telegramm ausführlich berichtet: Paris, 11. Mai. Die Sitzung begann sehr ruhig. Lange vor Beginn der Kammerführung, in der über die Forderungen der Postbeamten verhandelt werden soll, sind die Tribünen überfüllt. Nachdem der Marineminister Biscard zwei Gesandten über die Rekrutierung der Marine und den Marinekredit deponiert hat, teilt Präsident Brisson mit, daß von den Deputierten Sembat und Willm eine

### Interpellation über die Dienstentlassungen

eingelassen sei, die der Minister gegen sieben Beamte verfügt habe. — Barthou verlangt darauf, daß die Diskussion sofort statfinde.

Nunmehr bezieht Sembat die Tribüne, um die Interpellation zu begründen. Er spricht ruhiger, als erwartet wurde, und geht sogleich auf den eigentlichen Kern ein. Sembat hält die Befragung der gemäßigten Beamten grundsätzlich für ungerath. Er fragt: „Ist die Befragung der Regierung überhaupt haltbar? Es handelt sich darum, ob ein Beamter, wenn er das Bureau verlassen hat, alle Rechte eines anderen Staatsbürgers besitzt, oder ob er eines Rechtsverminderung erfährt, ob er der Ueberwachung seiner Verwaltung, ja sogar der Staatspolizei unterworfen bleibt.“ (Beifall links.) Nach der Ansicht des Redners und seiner Gesinnungsgenossen ist

der Beamte frei wie ein Handelsangestellter oder Bankbuchhalter nach seinen Dienststunden. Die Beamten behaupten, daß sie überwachungslos und unpünktlich werden, daß die Regierung heimlich eine Gelegenheit suchte, sich für die erstlitzene Schlappe zu rächen, und daß die Befragungen für die Reden vom 1. Mai nichts anderes seien als ein Ausdruck ihrer Kleinlichen Rache.“ Nachdem weiterhin auch der Deputierte Willm die Einzelheiten der Situation durchgesprochen hatte, kommt er endlich auf das Faktum, auf das schon lange gewartet ist. Willm fragt den Deputierten Dreyfus direkt, was Clemenceau ihm gesagt habe, und ob die Postbeamten berechtigt waren, an die Versprechungen zu glauben.

Louis Dreyfus erklärte darauf, er habe im Interesse des Friedens zu vermitteln gesucht.

Unmittelbar nach Dreyfus ergreift das Wort

### Bauten-Minister Barthou

im Namen der Regierung. Barthou sagt: „Es ist hier immer von Versprechungen die Rede, welche die Regierung gemacht hat. Ich sage ein für alle Male und werde im Laufe der Debatte wohl noch Gelegenheit haben, es zu beweisen: was die Regierung versprochen, hat sie gehalten; aber was sie nach Ansicht ihrer Gegner nicht ausgeführt haben soll, das hat sie auch nie versprochen. (Bewegung.) Der Ministerpräsident und ich haben am 21. März auf der Tribüne dieses Hauses bestimmte Erklärungen abgegeben.“

Am 4. April, als von nichtgehaltenen Versprechungen noch nicht die Rede war, haben Beamte eine ausführliche Tagesordnung über ihre Wünsche angenommen und beim Auseinandergehen die Internationale angehtimmt. Am 4. April haben sich

Briefträger in Uniform mit den Bauarbeitern verbündet und mit Beifall die Aufforderung des Herrn Duetot begrüßt, sich der allgemeinen Arbeitervereinigungen anzuschließen. Palaud fordert die Beamten zu Taten auf. Ein ganzer Feldzug wird gegen die Regierung und das Parlament organisiert. (Lärm auf der Tribüne.) Am gleichen Tage werden in Lyon die Arbeiter und Parlamentarier beschimpft. Am 6. April wird in Paris eine Tagesordnung angenommen, die direkt gegen das Parlament gerichtet ist. In Rouen — hier komme ich auf den Postler, den Herr Willm aus eben lo ausführlich vorgelesen hat — in Rouen also hält ein Briefträger in Uniform in einer Versammlung eine Rede, in der folgende Worte vorkommen, von denen Herr Willm nichts gemeldet hat: „Wenn ein Krieg ausbricht, wird mir der Staat meine Kinder nicht entziehen. Ich habe kein Vaterland. Mein Vaterland ist geistlich genommen der Ort, wo ich geboren bin, aber meine Heberzeugung erkennt keine Grenzen an.“

Das sagt ein Beamter in Uniform. (Bewegung.) Hier wirft eine Stimme von links ein: „Die Uniform ist ihre Dünne!“ Barthou erwidert unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit:

„Sie irren, die Uniform eines freien Staates ist eine Ehre für den, die sie trägt. Deshalb darf sie durch Worte, wie die ältlichen, nicht beschmutzt werden. (Beifall.) Wunders ist sich danach wirklich, daß die Regierung eine Agitation nicht dulden will, die so solchen Ansichten führt? Doch wir es nicht dulden, wenn am 1. Mai ein Postbeamter dazu auffordert, die Forderungen der Protestierer durch eine gemeinsame Aktion gegen die Arbeitgeber, das Kapital und die Behörden durchzusetzen? Ich glaube nicht daran, daß der Beamte bis 6 Uhr abends gern und pflichtgetreu seine Arbeit für den gleichen Staat tun wird, den er nach 6 Uhr abends mit Schmachungen überhäuft. Mögen Sie urteilen, wie Sie wollen, eine Regierung hat auch eine Pflicht, und diese Pflicht ist die der Schutz der Bürger,

die unserer Sorge vertrauen. Wir können irren, aber man soll uns nicht sagen, daß wir nachlässig und unehrlich handeln. Wo wir Unheil erkennen, müssen wir ihm zu steuern versuchen. Sie wünschen unsere Stellung gegenüber den Beamten und dem angebotenen Streik kennen zu lernen? Betrachten Sie, was wir heute gesagt und getan haben, und Sie werden wissen, was wir morgen zu tun gedenken.“ (Beifall.)

Nach der Rede Barthous wurden, wie schon mitgeteilt, die Beratungen auf Donnerstag vertagt.

### Die Vorkehrungen gegen den Verkehrstreik

sind betamntlich sowohl von der Regierung als auch vor allem von den Handelskreisen sorgfältig betrieben worden. Hierzu wird berichtet:

Brüssel, 11. Mai. Die französische Handelskammer in Brüssel hat angelehrt der Möglichkeit eines erneuten Poststreiks in Frankreich Vereinbarungen mit der Handelskammer in Lille getroffen, um Korrespondenzen der Handelskreise von Frankreich nach Belgien und darüber hinaus und solche von Belgien nach Frankreich durch einen zwischen den Handelskammern organisierten Kurierdienst zu befördern zu lassen, so daß die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland keinen Schaden erleiden. Die deutschen Handelskammer müßten also ihre Korrespondenzen an Vertreter in Brüssel senden, durch die sie der dortigen Handelskammer übergeben und von dieser an die Handelskammer in Lille gelangt werden, von wo aus sie dann mit Hilfe der anderen französischen Handelskammern in die verschiedenen Teile Frankreichs befördert werden. Man hofft, daß dieser Dienst zur Rot allen Anforderungen genügen wird.

### Deutsches Reich.

#### Das Zustandekommen der preussischen Befolgungsvorlagen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Das Zustandekommen der preussischen Befolgungsvorlagen dürfte, wie wir hören, schon in kürzester Zeit gesichert sein. Denn zwischen der Parteiführern der beiden Häuser des Landtages haben unter weitgehender Mitwirkung des Finanzministers Besprechungen stattgefunden, welche zu der Hoffnung auf eine Verständigung berechtigen. Das Abgeordnetenhaus dürfte die wesentlichen Aenderungen, die das Herren-Haus vorgenommen hat, annehmen, hält jedoch beim Lehrerbefolgungsgezet an der Nachzahlung für 1908 und bei dem Wohnungsgeldzuschuß ebenfalls an der Nachzahlung vom 1. April 1908 ab. Man nimmt an, daß das Herren-Haus in diesem Punkte den Wünschen des Abgeordnetenhauses entsprechen wird.

Nach einem Beschluß des Seniorenkonzents des Abgeordnetenhauses soll die Session noch vor Pfingsten beendet werden. Eine Tagung nach Pfingsten ist nur für den Fall in Aussicht genommen, daß noch ein Gelegenheitswurf vom Herren-Haus zurückgewiesen wird. Um den Schluß der Session vor Pfingsten zu ermöglichen, sollen auch das Wegegezet für Dipreußen und das Gezet für Denkmalspflege und Ausgrabungen jetzt nicht mehr zur Beratung gestellt werden.

#### „Erstklassige Schüler!“

(Das Eiseuer Gymnasium.)

Ueber die Hineintragung von Klassengegenständen bei der Verteilung der Schüler auf Parallelklassen in das Eiseuer Gymnasium war, wie unsere Leser wissen, im preussischen Landtage Beschwerde erhoben worden. Diese Anklagen bewahrheiten sich. Der Geheime Oberregierungsrat Dr. Reinhardt vom Kultusministerium war gestern zur Unterfuchung der am Königlichen Gymnasium bestehenden unterschiedlichen Klassifizierung der Schüler anwesend. Die von dem Zentrumsabgeordneten Dr. H. e. h. aufgestellten Behauptungen haben ihre volle Befätigung gefunden. Aus einer aufgestellten Liste geht hervor, daß in einer A-Klasse die Eltern der Schüler sind: Fabrikdirektoren, Bergwerksdirektoren, Oberbürgermeister, Rentiers und Fabrikanten; in der B-Klasse aber: Schreiner, Vorzeichner, Bureaubeamte, Kanzlisten usw. Aus der Liste der Oberprima von 1908 geht das Bestreben einer Unterfcheidung ganz deutlich hervor, ebenso aus derjenigen von 1909. Bezeichnend ist, daß in der Oberprima die eine Klasse 15, die andere sogar nur 8 Schüler hatte. Die ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Direktor Biese und einem Teil der Lehrerschaft sind übrigens in Effen schon lange bekannt.

#### Der tragische Tod des oldenburgischen Landtagsabgeordneten Harms

enthält eine erste Mahnung für Regierungen und Parlamente. Der Selbstmord des unglücklichen Mannes ist unzweifelhaft die Folge einer hochgradigen Nervosität. Und solche Nervosität wird in unsern heutigen Parlamentsbetriebe geradezu künstlich geschüttet und emporgetrieben. Man schaue nur auf den Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus! Wo sind die Zeiten der kurzen Reden, der kurzen Sektionen, der kurzen Sessionen! Endlos dehnt sich die Wüste des Parlamentarismus. Und in der Fut der Vorlagen drohen die Abgeordneten und die Regierungserretter zu erstickn. Körperliche Abspannung, nervöse Ueberreiztheit sind die natürlichen Folgen dieser aufreibenden, durch viele Monate hindurch fortgesetzten Tätigkeit. Es muß nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um den Parlamentarismus so zu gestalten, daß die körperlichen und geistigen Kräfte der an ihm Beteiligten nicht vorzeitig aufgerieben werden. Man heime von Regierungen wegen die Fut der Gesetzgebung; aber zur durchgearbeitete Vorlagen, mit denen die Kommissionen bald fertig werden — inhaltsvolle, aber knappe Reden, keine endlosen Sektionen, Beschlüssen des Einzelnen jeder Partei, zu jeder Sache einen Redner vorzuführen, auch wenn er nur gefagtes wiederholen kann — sollten sich zu solchem Bloß der Parlamentskonzentrierung nicht alle Parteien inklusive der Regierungen zusammenfinden können.

#### Eine Wertwachssteuer

für das Reich ist immerhin eine Sache, mit der man jetzt rechnen muß. In dieser Zeit haben es die Gemeinden und





